Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Kassel documenta Stadt

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

zu TOP 5

5. Oktober 2022

Interkommunales Gewerbegebiet "Sandershäuser Berg"
Vorlage des Magistrats
- 101.19.594 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hechelmann

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Übernahme der interkommunalen Gewerbeentwicklung am „Sandershäuser Berg" durch den Zweckverband Raum Kassel (ZRK) von der Gemeinde Niestetal aufgrund § 3 Nr. 1 d) der ZRK-Verbandssatzung, deren Vorbereitung und Durchführung nach der auf gleicher Satzungsgrundlage dazu verabredeten Interessensausgleichsvereinbarung (IAV) erfolgen soll, wird zugestimmt.
2. Für die zu treffende Feststellung der ZRK-Verbandsversammlung nach § 13 Nr. 2 der ZRK-Verbandssatzung, dass die Maßnahme zu 1. Bedeutung für das gesamte Verbandsgebiet zugesprochen wird, wird zugestimmt.
3. Die Stadt Kassel beteiligt sich als ZRK-Verbandsmitglied gemäß § 13 Nr. 2 der Verbandssatzung an der interkommunalen Maßnahme zu 1.
4. Der IAV für die interkommunale Entwicklung des Gewerbegebiets „Sandershäuser Berg" in Niestetal, OT Sandershausen (GSB2) zwischen dem ZRK und der Gemeinde Niestetal wird zugestimmt.
5. Der Magistrat wird ermächtigt, weitere ggf. durch Beteiligungsverzicht anderer ZRK-Kommunen verfügbare Anteile zu übernehmen.
6. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils gebotenen rechtlichen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Antrag des Magistrats betr. Interkommunales Gewerbegebiet "Sandershäuser Berg", 101.19.594, **zustimmen.**

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Nicole Eglin
Schriftführerin

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Kassel documenta Stadt

zu TOP 5

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

13. Oktober 2022
1 von 1

Interkommunales Gewerbegebiet "Sandershäuser Berg"
Vorlage des Magistrats
- 101.19.594 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schoeller

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Übernahme der interkommunalen Gewerbeentwicklung am „Sandershäuser Berg“ durch den Zweckverband Raum Kassel (ZRK) von der Gemeinde Niestetal aufgrund § 3 Nr. 1 d) der ZRK-Verbandssatzung, deren Vorbereitung und Durchführung nach der auf gleicher Satzungsgrundlage dazu verabredeten Interessensausgleichsvereinbarung (IAV) erfolgen soll, wird zugestimmt.
2. Für die zu treffende Feststellung der ZRK-Verbandsversammlung nach § 13 Nr. 2 der ZRK-Verbandssatzung, dass die Maßnahme zu 1. Bedeutung für das gesamte Verbandsgebiet zugesprochen wird, wird zugestimmt.
3. Die Stadt Kassel beteiligt sich als ZRK-Verbandsmitglied gemäß § 13 Nr. 2 der Verbandssatzung an der interkommunalen Maßnahme zu 1.
4. Der IAV für die interkommunale Entwicklung des Gewerbegebiets „Sandershäuser Berg“ in Niestetal, OT Sandershausen (GSB2) zwischen dem ZRK und der Gemeinde Niestetal wird zugestimmt.
5. Der Magistrat wird ermächtigt, weitere ggf. durch Beteiligungsverzicht anderer ZRK-Kommunen verfügbare Anteile zu übernehmen.
6. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils gebotenen rechtlichen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Beschluss

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Antrag des Magistrats betr. Interkommunales Gewerbegebiet "Sandershäuser Berg", 101.19.594, **zuzustimmen.**

S. John

gez. Vera Wilmes
Vorsitzende

Sabine John
Schriftführerin

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Kassel documenta Stadt

Zu TOP 6

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

29. September 20
1 von 1

Aufbau einer Baustoff- und Materialbörse
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.530 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hechelmann

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung ~~beauftragt~~ **bittet** den Magistrat ~~mit der Umsetzung der~~ **die** Klimaschutzrat-Maßnahme „Aufbau einer Baustoff- und Materialbörse“ (2021-KA-03) **umzusetzen.**

Eine gemeinsame nordhessische Lösung im Zweckverband Raum Kassel soll aufgrund des Raumbedarfs und teilnehmender Unternehmen angestrebt werden. In die Planungen soll die stadtinterne Baustoffbörse der kommunalen Arbeitsförderung einbezogen werden, um Klimaschutz und die Schaffung von Arbeits- und Qualifizierungsangeboten zu kombinieren.

~~Noch in diesem Jahr soll mit der Standortsuche begonnen werden. Dafür soll insbesondere der Kauf der Haferkakaofabrik ernsthaft geprüft werden.~~ **Die Standortsuche soll zeitnah, auf jeden Fall aber im Jahr 2023 begonnen werden.**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Aufbau einer Baustoff- und Materialbörse, 101.19.530, wird **zugestimmt.**

Tanyeri

gez. Eva Koch
Vorsitzende

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

Zu TOP 7

29. September 2022

Silvesterfeiern neugestalten
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.554 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Alternative Angebote für Silvesterfeuerwerk können dazu beitragen, Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern und die Feinstaubbelastung zu senken. Zudem kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstraumata eine große Belastung darstellen. Um es also allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen alternative Angebote zu ermöglichen.

Der Magistrat soll innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie hierzu berichten.

Zudem soll der Magistrat über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über allgemeine Verbote einzuräumen.

➢ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

~~Alternative Angebote für Silvesterfeuerwerk können dazu beitragen, Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern und die Feinstaubbelastung zu senken. Zudem kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstraumata eine große Belastung darstellen. Um es also allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen alternative Angebote zu ermöglichen.~~

Um es allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, zu prüfen, ob es umsetzbare rechtliche Möglichkeiten gibt, privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und alternative Angebote zu ermöglichen.

Der Magistrat ~~soll~~ **wird gebeten** innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie ~~hier~~zu berichten.

Zudem ~~soll~~ **wird** der Magistrat **gebeten,** über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über allgemeine Verbote einzuräumen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: SPD
Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP, AfD
Enthaltung: DIE LINKE
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Silvesterfeiern neugestalten, 101.19.554, wird **abgelehnt.**

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

~~Alternative Angebote für Silvesterfeuerwerk können dazu beitragen, Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern und die Feinstaubbelastung zu senken. Zudem kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstraumata eine große Belastung darstellen~~. Um es ~~also~~ allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren ~~und stattdessen~~**. Zusätzlich sollen** alternative Angebote ~~zu ermöglichen~~ **ermöglicht werden, sobald es die Lage des Energiemarktes erlaubt.**

Der Magistrat ~~soll~~ **wird gebeten** innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie hierzu **zu** berichten.

Zudem ~~soll~~ **wird** der Magistrat **gebeten** über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über allgemeine Verbote einzuräumen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Ablehnung: AfD
Enthaltung: DIE LINKE
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Silvesterfeiern neugestalten, 101.19.554, wird **zugestimmt.**

gez. Eva Koch
Vorsitzende

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Zu TOP 8

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

11. Oktober 2022

Wohnbauentwicklung / Milieuschutzsatzung
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.601 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lang

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten über folgenden Sachstand von Stadtplanungsprojekten und Entwicklungsmaßnahmen zu berichten:
1. Flächen für die künftige Wohnbauentwicklung
2. Aufstellung von Milieuschutzsatzungen für das Stadtgebiet

Der Antrag wird satzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 1. des Antrags der SPD-Fraktion betr. Wohnbauentwicklung / Milieuschutzsatzung, 101.19.601, wird **zugestimmt.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, SPD, DIE LINKE, AfD
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 2. des Antrags der SPD-Fraktion betr. Wohnbauentwicklung / Milieuschutzsatzung, 101.19.601, wird **zugestimmt.**

S. John

gez. Dominique Kalb
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Kassel documenta Stadt

Zu TOP 10

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

13. Oktober 2022

Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.614 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister und die zuständigen Amtsleiter berichten im Ausschuss zu den Informationsgrundlagen und Kontakten zum Bundesarbeitsministerium in punkto Rechtssicherheit, während der Vorbereitung und Umsetzung des EEG und setzt die Ausschüsse in Kenntnis ab wann er von der Anrechenbarkeit des Zuschusses auf das Einkommen von Transferleistungsbezieher*innen wusste.

2. Als Ergänzung zum bisherigen Beschluss zum Einwohnerenergiegeld wird 2022 zusätzlich ein Notfallfonds eingerichtet, über den Menschen im Transferleistungsbezug das EEG niedrigschwellig und rechtssicher beantragen können, so dass es nicht als Einkommen angerechnet wird. So wird sichergestellt, dass der Entscheidung der Stadtverordneten zu dem Thema EEG, nämlich dieses Geld für alle Einwohner*innen mit Erstwohnsitz in Kassel zugänglich zu machen -unabhängig von der Einkommenssituation-, Rechnung getragen wird.

   Wohlsituierte Menschen, die den Zuschuss nicht benötigen, können das Geld zudem in den Notfallfonds übertragen. Weiterhin wird vorsorglich im Jahr 2022 ein Teil des EEG Topfes in den Notfallfonds transferiert, in Anlehnung an eine Hochrechnung der zuständigen Verwaltungsstellen zum erforderlichen Volumen in Bezug auf die aktuelle Zahl der Transferleistungsbezieher*innen in der Stadt Kassel.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt.**

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

Zu TOP 10

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

13. Oktober 2022

Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.614 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister und die zuständigen Amtsleiter berichten im Ausschuss zu den Informationsgrundlagen und Kontakten zum Bundesarbeitsministerium in punkto Rechtssicherheit, während der Vorbereitung und Umsetzung des EEG und setzt die Ausschüsse in Kenntnis ab wann er von der Anrechenbarkeit des Zuschusses auf das Einkommen von Transferleistungsbezieher*innen wusste.

2. Als Ergänzung zum bisherigen Beschluss zum Einwohnerenergiegeld wird 2022 zusätzlich ein Notfallfonds eingerichtet, über den Menschen im Transferleistungsbezug das EEG niedrigschwellig und rechtssicher beantragen können, so dass es nicht als Einkommen angerechnet wird. So wird sichergestellt, dass der Entscheidung der Stadtverordneten zu dem Thema EEG, nämlich dieses Geld für alle Einwohner*innen mit Erstwohnsitz in Kassel zugänglich zu machen -unabhängig von der Einkommenssituation-, Rechnung getragen wird.

   Wohlsituierte Menschen, die den Zuschuss nicht benötigen, können das Geld zudem in den Notfallfonds übertragen. Weiterhin wird vorsorglich im Jahr 2022 ein Teil des EEG Topfes in den Notfallfonds transferiert, in Anlehnung an eine Hochrechnung der zuständigen Verwaltungsstellen zum erforderlichen Volumen in Bezug auf die aktuelle Zahl der Transferleistungsbezieher*innen in der Stadt Kassel.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt.**

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin